



## Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer SPD**

### **Beste medizinische Versorgung für Kinder und Jugendliche – Fallpauschalen abschaffen, Kinder- und Jugendkliniken retten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bundesratsinitiative der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen-Anhalt (BR-Drs. 513/20) für eine bessere Finanzierung der Kinder- und Jugendmedizin in ganz Deutschland zu unterstützen.

Mit dem Entschließungsantrag wird die Bundesregierung aufgefordert, ein System für eine flächendeckende stationäre pädiatrische Versorgung außerhalb des Fallpauschalensystems zu entwickeln, das eine auskömmliche Finanzierung und die erhöhten Qualitäts- und Personalbedarfe in der Geburtsmedizin einschließt.

### **Begründung:**

Stationäre Einrichtungen für Kinder und Jugendliche stehen deutschlandweit und auch in Bayern unter einem immensen finanziellen Druck. Hauptursache der zum Teil prekären finanziellen Situation der stationären medizinischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist die Logik der Leistungsabrechnung über Fallpauschalen. Krankenhäuser erhalten für Kinder und Jugendliche meist dieselbe Vergütung wie für Erwachsene, obwohl für Kinder mehr Zeit, Personal und medizinischer Aufwand erforderlich ist. Es muss sichergestellt werden, dass jedes Kind die bestmögliche medizinische Versorgung erhält. Wir müssen dafür sorgen, dass keine Kinder- und Jugendstation aus finanziellen Gründen schließen muss. Es darf einfach nicht länger sein, dass die Versorgung der jungen Patientinnen und Patienten gefährdet ist, weil sie sich nicht rechnet!

Auf entsprechende Hilferufe von Chefärztinnen sowie Chefärzten, Kindermedizinerinnen sowie Kindermediziner oder verzweifelten Eltern hat die Staatsregierung bislang kaum reagiert und auch parlamentarische Initiativen wurden ignoriert, wie der Dringlichkeitsantrag der SPD-Landtagsfraktion „Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden!“ (Drs. 18/3987), der Antrag der SPD-Landtagsfraktion „Dramatischer Notstand der medizinischen Versorgung: Die Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern müssen gerettet werden! II“ (Drs. 18/4993) oder der Änderungsantrag zum Nachtragshaushalt 2019/2020 der SPD-Landtagsfraktion „Kinderstationen an Bayerns Krankenhäusern sichern“ (Drs. 18/5822) zeigt. Auch die Online-Petition „Kinderstationen retten“ mit über 20.000 Unterschriften von Ärztinnen sowie Ärzten, Pflegekräften, Eltern sowie Großeltern zeigt die Dringlichkeit des Problems auf.

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig hat am 18. September 2020 für die Länder Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und Sachsen-Anhalt einen Antrag in den Bundesrat eingebracht, der die Bundesregierung auffordert, ein System für eine flächendeckende stationäre Kinder- und Jugendmedizin außerhalb des Fallpauschalensystems zu entwickeln. Die Staatsregierung wird dringend aufgefordert, im Sinne aller Kinder,

Jugendlichen, Eltern, Großeltern, Ärzte und Pflegekräfte, an einem Systemwechsel mitzuwirken, entsprechende Beschlüsse zu fassen und ihre Unterstützung für diese wichtige und notwendige Initiative zu signalisieren.